



## Antrag

TOP:  
Vorlagen-Nummer: **VII/2021/03290**  
Datum: 03.11.2021  
Bezug-Nummer.  
PSP-Element/ Sachkonto:  
Verfasser: Dr. Bodo Meerheim  
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	24.11.2021	öffentlich Entscheidung
Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung	21.12.2021	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	22.12.2021	öffentlich Entscheidung

**Betreff: Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) in der Städtekoalition "Cities for Digital Rights"**

### Beschlussvorschlag:

1. Die Oberbürgermeister wird beauftragt, die Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) in der Städtekoalition „Cities for Digital Rights“ zu beantragen und die Ziele der Deklaration umzusetzen.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt dem Stadtrat mitzuteilen, welche Ziele und Prinzipien der Deklaration die Stadt Halle bereits erfüllt und wo noch Handlungsbedarf besteht.

Gez. Dr. Bodo Meerheim  
Vorsitzender der Fraktion

## **Begründung:**

Die Digitalisierung prägt unser alltägliches Leben, wie kaum eine andere Entwicklung der letzten Jahre. E-Mobilität, Check-In-Apps, Online-Abfragen etc. sind in Halle fester Bestandteil des städtischen Lebens. Die digitale Transformation bietet zahlreiche Chancen, bringt aber auch Risiken mit sich. Um Bürger:innen eine Orientierung im digitalen Transformationsprozess zu geben, eignet sich die Deklaration der Städtekoalition „Cities for Digital Rights“. Das Bündnis besteht aus 49 Städten, darunter München, Berlin und Leipzig, die ihre Erfahrungen in dem Bereich austauschen. Außerdem arbeitet es mit dem Programm der Vereinten Nationen für menschliche Siedlungen (UN-Habitat) zusammen.

Städte sind die demokratischen Institutionen, die den Menschen am nächsten stehen. Daher spielen sie eine entscheidende Rolle, wenn es um den Schutz von Menschenrechten, die Verbesserung der Lebensbedingungen und die Förderung von Demokratie geht. Das gilt auch für das Internet und digitale Infrastruktur, denn in Städten werden nicht nur Daten erhoben und verarbeitet, sondern auch die Meinungsbildung zu (kommunalen) Themen findet zunehmend online statt. Dadurch stellt der Zugang zum Internet und zu Online-Ressourcen eine wichtige Partizipationsmöglichkeit dar.

Die Vorteile für die Stadt Halle (Saale) bestehen in einer klaren Kommunikation ihrer Ziele im digitalen Transformationsprozess ihren Bürger:innen gegenüber. Das gibt Bürger:innen die Möglichkeit, die in der Deklaration (1) enthaltenen Schutz- und Partizipationsrechte und die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen einzufordern.

### **1. Universeller und gleichberechtigter Zugang zum Internet und digitale Kompetenz**

Jede:r soll zu gleichen Bedingungen erschwinglichen und einfachen Zugang zum Internet und digitalen Diensten haben sowie die digitalen Fähigkeiten, um diesen Zugang zu nutzen und die digitale Spaltung zu überwinden.

### **2. Privatsphäre, Datenschutz und Sicherheit**

Jeder sollte die Kontrolle über seine Privatsphäre und seine persönlichen Daten haben und zwar durch Datenschutz sowohl an physischen als auch an virtuellen Orten, um die digitale Vertraulichkeit, Sicherheit, Würde und Anonymität zu gewährleisten sowie die Souveränität über seine Daten, einschließlich des Rechts zu wissen, was mit den eigenen Daten geschieht, wer sie verwendet und zu welchem Zweck.

### **3. Transparenz, Rechenschaftspflicht und Nicht-Diskriminierung von Daten, Inhalten und Algorithmen**

Jede:r sollte Zugang zu verständlichen und genauen Informationen über die technologischen, algorithmischen und künstlichen Intelligenzsysteme haben, die ihr Leben beeinflussen und die Möglichkeit unfaire, voreingenommene oder diskriminierende Systeme zu hinterfragen und zu ändern.

### **4. Partizipative Demokratie, Vielfalt und Inklusion**

Jede:r sollte im Internet repräsentiert sein und die Möglichkeit haben, sich kollektiv durch offene, partizipative und transparente digitale Prozesse mit der Stadt auseinanderzusetzen.

Jede:r sollte die Möglichkeit haben, sich an der Gestaltung der lokalen digitalen Infrastruktur und Dienstleistungen zu beteiligen und an der Gestaltung der Stadtpolitik gemeinwohlorientiert mitzuwirken.

### **5. Offene und ethische Standards für digitale Dienste**

Jede:r sollte in der Lage sein, die Technologien seiner Wahl zu nutzen und dasselbe Maß an Interoperabilität, Integration und Chancengleichheit bei digitalen Diensten erwarten. Die Städte sollten ihre eigenen technologischen Infrastrukturen, Dienste und ihre Agenda durch Definition von offenen und ethischen Standards für digitale Dienste und Daten festsetzen, um sicherzustellen, dass sie diesem Versprechen gerecht werden.

Die verschiedenen Handlungsfelder mit jeweils konkreten Zielen sind auf <https://citiesfordigitalrights.org/checklist> aufgeführt.

Durch den Beitritt zum Bündnis entstehen der Kommune keine Kosten.

Verweis:

- (1) [https://citiesfordigitalrights.org/Declaration\\_cities\\_for\\_digital\\_Rights.pdf](https://citiesfordigitalrights.org/Declaration_cities_for_digital_Rights.pdf)



Stadt Halle (Saale)  
Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters

20. Januar 2022

**Sitzung des Stadtrates am 26.01.2022**

**Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) in der Städtekoalition "Cities for Digital Rights"**

**Vorlagen-Nummer: VII/2021/03290**

**TOP: 8.1**

**Stellungnahme der Verwaltung:**

Die Verwaltung empfiehlt den Antrag abzulehnen.

**Begründung:**

**zu 1)**

Die Stadtverwaltung begrüßt die Initiative der „Cities Coalition for Digital Rights“, die digitalen Rechte Ihrer Einwohnerinnen und Einwohner zu befördern. In verschiedenen Projekten arbeitet die Stadt Halle (Saale) bereits heute intensiv daran, die in der „Cities Coalition for Digital Rights Checklist“ formulierten Ziele vor Ort umzusetzen. Dabei muss sie die Herausforderung knapper Ressourcen bewältigen. Ohne Ressourcenzuwachs würde ein Beitritt der Stadt Halle (Saale) zur „Cities Coalition for Digital Rights als aktives Mitglied Projekte der Stadt im Themenfeld der Digitalisierung, die sich bereits in Umsetzung befinden, gefährden. Die Stadtverwaltung lehnt einen Beitritt der Stadt Halle (Saale) in die „Cities Coalition for Digital Rights“ zum aktuellen Zeitpunkt ab.

**zu 2)**

Grundlage für die digitale Teilhabe von Einwohnerinnen und Einwohnern ist die von der „Cities Coalition for Digital Rights Checklist“ angestrebte Verfügbarkeit der entsprechenden Infrastruktur. Um die bisher minder- bzw. unversorgten Adresspunkte im Stadtgebiet, deren Ausbau von den kommerziellen Anbietern als nicht wirtschaftlich betrachtet wurden, hat sich die Stadt Halle (Saale) zur Erschließung bekannt. Der vom Land Sachsen-Anhalt geförderte *Breitbandausbau* für Privathaushalte, Bildungseinrichtungen und Gewerbegebiete befindet sich aktuell in der Umsetzung. Als Kooperationspartner des Freifunk e.V. unterstützt die Stadt Halle (Saale) zudem den Auf- und Ausbau eines *öffentlichen und diskriminierungsfreien WLAN-Freifunk-Netzes* zunächst in der Innenstadt.

Das Gesetz zur Verbesserung des Onlinezugangs zu Verwaltungsleistungen (OZG) legt die Rahmenbedingungen für die Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung fest. Die Verwaltung arbeitet aktuell daran, ihre Leistungen bis zum 21.12.22 elektronisch für die Einwohnerinnen und Einwohner sowie Unternehmen verfügbar zu machen und die digitale Modernisierung der Verwaltung auch über das OZG hinaus voranzubringen. Aspekte des Schutzes der Privatsphäre, der Datensicherheit und -sparsamkeit, des diskriminierungsfreien Zugangs etc. stellen selbstverständliche Rahmenbedingungen dar. Dabei stehen die Aktivitäten der Stadtverwaltung im Einklang mit den Zielen der „Coalition for Digital Rights“.

Mit dem Regionalen Digitalisierungszentrum Halle (Saale) hat die Stadt mit Unterstützung des Landes eine zentrale Leit- und Koordinierungsstelle für Digitalisierungsthemen der Stadt geschaffen. Neben verschiedenen anderen, v.a. wirtschaftlich und innenstadt-orientierten Projekten war die erfolgreiche Bewerbung zum „*Modellprojekt Smart Cities*“ beim Bundesinnenministerium der größte Erfolg. Mit diesem Projekt bekennt sich die Stadtverwaltung zudem bereits jetzt zur (Weiter)Entwicklung der Stadt Halle (Saale) hin zu einer intelligenten, vernetzten Stadt zur Stärkung von Nachhaltigkeit, Resilienz und Gemeinwohlorientierung. Digitale Souveränität, Open Source, Interoperabilität und Partizipation, Ziele der „Coalition for Digital Rights“ sind dabei immanente Leitplanken einer zu entwickelnden integrierten Smart City-Strategie. Im Zuge der Projektumsetzung wird ein im Fachbereich Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung angesiedeltes Smart City Büro implementiert, um so nachhaltig eigene Kompetenzen für die digitale Transformation innerhalb der Stadtverwaltung aufzubauen und Projekte wie „Smarte Bildung“ voranzutreiben.

Mit dem *Online-Portal "Sag's uns einfach"* auf [www.halle.de](http://www.halle.de) steht der gesamten Stadtgesellschaft darüber hinaus bereits ein Werkzeug zur aktiven Beteiligung zur Verfügung.

Dr. Bernd Wiegand  
Oberbürgermeister



Stadt Halle (Saale)  
Geschäftsbereich Oberbürgermeister

18. November 2021

**Sitzung des Stadtrates am 24.11.2021**

**Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) in der Städtekoalition "Cities for Digital Rights"**

**Vorlagen-Nummer: VII/2021/03290**

**TOP: 9.2**

**Stellungnahme der Verwaltung:**

Der Oberbürgermeister verweist den Antrag in den Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung.

**Begründung:**

Im Ausschuss sollen durch die Antragstellerin die konkreten Handlungsmöglichkeiten für die Stadtverwaltung benannt und diskutiert sowie der Aufwand für diese Tätigkeit eingeschätzt werden.

Dr. Bernd Wiegand  
Oberbürgermeister